

SERBIEN, WINTER 1999/2000: HUNGER, KÄLTE, INFLATION, ARBEITSLOSIGKEIT

Wolf Oschlies

Ökonomische Momentaufnahmen aus einem zerstörten Land

I. Einführung

Am 1. Oktober 1999 hat die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) unter ihrem Premier, dem Montenegriner Momir Bulatović, eine "Information über laufende Wirtschaftsbewegungen" beraten, wozu in der regimenahen Presse verlautete: "Es wurde eingeschätzt, daß der Wiederaufbau des Landes ausnehmend erfolgreich verläuft und daß es zu einer Belebung der Produktion kommt. Die Bundesregierung setzt über die Antimonopolkommission die Anwendung gesetzlicher Maßnahmen zur Verhinderung eines Preiswachstums, das nicht ökonomisch begründet ist, fort. In der monetären Politik bleibt die Stabilität gewahrt und die Dinar-Geldmenge wurde nicht erhöht."

Drei Tage später ließ sich der serbische Premier Mirko Marjanović noch optimistischer vernehmen: man werde nicht nur "alles wiederaufbauen, was durch die NATO-Aggression zerstört wurde", sondern darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen, ökonomische und soziale Stabilität garantieren, Reformen zur Einführung der Marktwirtschaft und der Eigentumstransformation starten etc. Und Milošević selber setzte allem die Krone auf: "Der Wiederaufbau unseres Landes ist siegreich, so siegreich, wie auch die Verteidigung unseres Landes siegreich und heroisch war."

In welcher Welt leben diese Leute? Es gibt in Jugoslawien weder einen nennenswerten Wiederaufbau noch eine Produktionsbelebung, ganz zu schweigen von einer monetären Stabilität: Wie die Wirtschaftskammer Jugoslawiens Mitte September befand, "gibt es kein Geld und bleibt die Hilfe aus dem Ausland immer noch aus", weil "wir wirtschaftlich und besonders finanziell von der Welt isoliert sind und Ausländern Investitionen und Kooperationen mit jugoslawischen Firmen verboten sind". Also "ist die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel zurückgegangen."

Wenn man einmal das kleine und von Serbien fortstrebende Montenegro außer acht läßt und nur Serbien betrachtet, dann sind die pessimistischsten Perspektiven die realistischsten: Serbien ist auf dem besten Wege, territorial auf den Stand des frühen 19. Jahrhunderts zurückzufallen, also auf die engere Umgebung von Belgrad, ohne die Vojvodina, die rumänisch besiedelte Timok-Region, den "bosnischen" Sandžak, das albanische Kosovo und Montenegro. Ökonomisch mutet Serbien wie in den späten vierziger Jahren an, als man in selbstgestrickte Pullover nur dann etwas Farbe hineinbekam, wenn sich unter den eigenen Schafen ein paar schwarze befanden. Die serbische ökonomische Lage erläuterte Dragoljub Micunović, Leiter des Demokratischen Zentrums (DC), das sich als Koordinierungsstelle der serbischen Opposition versteht: "Der Winter steht vor der Tür, die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer, die sozialen Probleme haben sich verdoppelt, vielen droht der Hunger. Alles kann in verschiedenen Richtungen und auf verschiedene Weise explodieren."

Serbien, die Heimat des größten Slawenvolks im europäischen Südosten, ist heute das ärmste Land Europas, von einer nur noch strafrechtlich zu charakterisierenden Führung unterdrückt und ausgebeutet. Das Land ist wirtschaftlich am Boden, politisch zerrissen, international isoliert und boykottiert. In Belgrad werden protestierende Serben von der Polizei gejagt, im Kosovo werden autochthone Serben von albanischem Mob gejagt, geplündert, gemordet – unter den Augen der internationalen Gemeinschaft, die angeblich durch ihre KFOR Ordnung und Sicherheit im Kosovo garantiert.

Dieser totale Niedergang ist die Folge der nunmehr zwölfjährigen Herrschaft des Slobodan Milošević, der jeden Konflikt in Ex-Jugoslawien angezettelt hat, um die meisten später mit internationaler Billigung als "Friedensstifter" zu beenden (z.B. den Krieg in Bosnien, dessen Ende Milošević im November 1995 in Dayton mit unterschrieb). Milošević wäre längst der Vergessenheit anheimgefallen, hätte er nicht zu allen Zeiten Verbündete und "Verbündete" gefunden – die internationale Gemeinschaft, die ihn durch ihren Beauftragten Filipe González 1997 vor den monatelangen Protesten Hunderttausender Serben rettete, die Radikalen (wie Šešelj) und die romantischen Nationalisten (wie Drašković), die Milošević erst ins Gefängnis steckte und später in die Regierung holte, vor allem aber die albanischen Separatisten im Kosovo, die sich von ihm allein durch ihre andere Muttersprache unterscheiden. Der von "Präsident" Ibrahim Rugova eingangs der neunziger Jahre inszenierte Boykott alles Serbischen ermöglichte es Milošević bei allen Wahlen, mit relativ geringen Stimmenanteilen seiner Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) zu siegen.

Milošević steht auf den Steckbriefen des Haager Tribunals, ist aber dennoch der gewählte Präsident eines zentralbalkanischen Landes, ohne das oder gegen das jedweder "Stabilitätspakt für den Balkan" nichts als Makulatur bleiben muß. Wer Milošević beseitigen will – politisch oder physisch -, muß ihn zuerst ernstnehmen und ihn, sozusagen biblisch, "an seinen Taten erkennen". Wer indessen heute Serbien jede Hilfe verweigert, bringt eine Vielzahl potentieller Milošević -Gegner auf dessen Seite. Wer aber Serbien helfen will, bekommt es mit neunzehn uneinigen oppositionellen Parteien zu tun, deren Orientierungslosigkeit mittlerweile tragikomische Folgen zeigt: nach jüngsten Umfragen wünschen 68 Prozent der Belgrader den Rücktritt Milošević's, aber 67 Prozent glauben nicht, daß diese Opposition einen Machtwechsel und eine Wende zum Besseren erreichen kann – "die Leute haben den Glauben daran verloren, daß die Opposition sich überhaupt auf irgendetwas ernsthaft verständigen kann". Etwas optimistischer schien die EU in dieser Hinsicht zu sein, anderenfalls hätte sie nicht Vertreter der gesamten Opposition, der montenegrinischen Regierung samt Präsident Milo Đukanović und der Serbischen Orthodoxen Kirche (SPC) für den 11. Oktober 1999 zu einem Treffen in Luxemburg eingeladen, um über Unterstützung für die regimefeindliche Opposition und "Arten der Hilfe für die Bürger Serbiens im bevorstehenden Winter" zu beraten.

II. Milošević's Politik und ihre ökonomischen Folgen

Im alten Jugoslawien galt Serbien – 88.000 Quadratkilometer Fläche, 10,1 Mio Einwohner – als "armes" Land, obwohl es mit der nördlichen Vojvodina eines der reichsten Landwirtschaftsgebiete des Balkans und mit dem südlichen Kosovo eine an Bodenschätzen und Fabriken reiche Region besaß. Mehr als ein Jahrzehnt Milošević -Regime haben dafür gesorgt, daß das Kosovo faktisch verloren ist, nachdem es seit 1985 von Belgrad so vernachlässigt wurde, daß es im Grunde "abgeschrieben" war. Ähnlich steht es um die Vojvodina, die zwar mit 40 Prozent am serbischen Budget beteiligt ist, von diesem aber weniger als ein Prozent erhält und auf diese Degradierung mit eskalierenden Forderungen nach "Autonomie, d.h. wirtschaftlicher, kultureller und schulischer Selbständigkeit" reagiert. Die vom Milošević -Regime ständig angeklagte NATO-Mission hat natürlich enorme direkte (Zerstörung von Infrastruktur und Produktionsstätten) und indirekte Schäden (Produktionsausfälle, BIP-Rückgang) verursacht, doch liegen dazu noch keine endgültigen Daten vor. Man schätzt, daß in "elf Wochen Bombardements" 77 Industriebetriebe, 39 Energieunternehmen, 17 Bahn- und 41 Straßenbrücken, 6 Bahnhöfe, Bahngleise an 29 Stellen etc. "ganz oder teilweise zerstört" wurden, daß also insgesamt "Jugoslawien 371 Wunden beigebracht wurden". Das erscheint als relativ "bescheiden", zumal neueste Umfragen unter serbischen menadžeri zeigten, daß viele von ihnen die technische Ausstattung ihrer Betriebe für veraltet und folglich für international nicht wettbewerbsfähig ansehen. Die NATO-Bomben sind wohl zumeist nur der Abrißbirne zugekommen.

Gewiß ist lediglich, daß die aktuelle Not die bislang letzte Etappe einer grundlegend schädlichen Entwicklung unter diesem Regime sind, welche allein von diesem zu verantworten ist:

- Milošević hat seit seinem Machtantritt 1989 immer wieder in Wort und Tat bewiesen, daß er zu keiner Reform willens oder fähig ist, und in den letzten Jahren diente seine Politik allein dazu, sich die Loyalität seiner schwindenden Klientel mit Möglichkeiten zur Bereicherung auf Kosten der Gesamtgesellschaft zu erkaufen: Nach Ansicht britischer Analytiker ist die Bundesrepublik Jugoslawien das korrumpierteste Land der Welt, das auf einer Skala von 0 bis 9 mit 7,4 Punkten den Spitzenplatz hält, gefolgt von Albanien mit 5,7 Punkten.
- Milošević's stets auf Konflikt bedachte Politik hat ihm bislang zwei internationale Embargos und die NATO-Mission eingebracht. Die ökonomischen Folgen addieren sich auf 100,2 Mrd. US-Dollar Verlust in den Jahren 1991 bis 1999. Mit anderen Worten: Dank Milošević hat die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) in den 90er Jahren siebenmal das Gesamt-BIP von 1994 (= 14,3 Mrd. \$) eingebüßt.
- Diese Verluste führten dazu, daß das BIP pro Kopf und Jahr von 2.696 \$ (1990) auf 1.232 \$ (1999) sank, womit die BR YU der 1.000-\$-Grenze für "ärmste Länder" nahekommt. Und gemessen an früheren BIP-Einbußen ist das Minus von 1999 (30 Prozent) nahezu eine "Normalität", da es absolut auf der Linie der Rückgänge von 1992 (-27 Prozent) und 1993 (-30 Prozent) liegt.
- Die vom Belgrader Regime provozierten Konflikte lösten Flüchtlingsströme aus, die nach Serbien kamen und die dortigen Nöte steigerten: nach 1990 trafen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina rund 700.000 Menschen ein, dazu zahlreiche Flüchtlinge aus dem Kosovo, was insgesamt eine Million Flüchtlinge in Serbien übersteigt. Seit dem Ende der NATO-Angriffe (12. Juni 1999) sind weitere 200.000 Serben und Roma von Albanern aus dem Kosovo vertrieben worden und nach Serbien geflohen. Dort werden sie vom Regime als "Bürger zweiter Klasse" behandelt, da es nicht ohne Grund fürchten muß, daß sie die ohnehin wachsende Gegnerschaft gegen Milošević durch ihre Berichte steigern könnten. Selbst in relativ friedlichen Zeiten machten Serben höchstens 15 Prozent der Kosovo-Bevölkerung aus, was schon aus Größenordnungserwägungen heraus Milošević zur Mäßigung hätte veranlassen müssen; er hat aber auf Konfrontation und Konflikt gesetzt, damit letztlich diesen neuerlichen Exodus provoziert, der die völlige Loslösung des Kosovo nur noch als Frage der Zeit scheinen läßt.
- Die Zerstörungen infolge der NATO-Bombardements waren in Serbien weit schwerwiegender als in Montenegro, und danach hat sich Montenegro rasch und radikal so sehr von Serbien abgesetzt, daß es berechnete Aussichten hat, in nächster Zeit von internationalen Sanktionen ausgenommen zu werden. Das aber bedeutet, daß Serbien die Kriegsfolgen allein zu tragen und zu beheben hat – eine unlösbare Aufgabe.

Die internationale Staatengemeinschaft hat Serbien jede Hilfe versagt, "solange Milošević dort an der Macht ist". Zugelassen wurde allein "humanitäre Hilfe", und in Serbien fragte man sich im Herbst 1999, wie weit diese wohl greifen würde. Würden z.B. Elektrizitätswerke wiederaufgebaut werden können, um den Strom- und Heizbedarf der Bevölkerung für den bevorstehenden Winter zu sichern? Würden die Verkehrsanlagen repariert und möglichst modernisiert werden? Würde überhaupt das zentralbalkanische Serbien gestützt werden,

damit dessen Nachbarstaaten, alle faktisch NATO-Partner, Erleichterung bekämen und Mitteleuropa vor neuen Flüchtlingen aus Serbien bewahrt bliebe?

III. Serbien mit oder ohne Milošević?

Die heutige ökonomische Misere Serbiens ähnelt der von 1993: "Hyperinflation" von über 100 Prozent monatlich infolge serbischer Kriegsbeteiligung, die im Folgejahr durch die Berufung von Dragoslav Avramović zum Gouverneur der Nationalbank behoben wurde. Derselbe Avramović ist heute Spitzenvertreter der regimefeindlichen Opposition und gilt als möglicher Chef einer Übergangsregierung aus Experten, die nach einem Sturz oder Rücktritt von Milošević unverzüglich vier grundlegende Aufgaben erfüllen müßte:

- "Erstens brauchen wir eine völlige Demokratisierung."
- "Zweitens stehen eine Veränderung der Wirtschaftspolitik und eine Liberalisierung des Wirtschaftssystems an, um möglichst rasch einen Aufschwung zu erreichen."
- "Drittens wird ein massives Investitionsprogramm zur Rekonstruktion des bestehenden Kapitalstocks und zur Expansion in fast allen Bereichen benötigt."
- "Viertens brauchen wir die völlige Aufhebung der Sanktionen, die Lösung des Nachfolgeproblems (Ex-Jugoslawiens und seiner Auslandsverschuldung, W.O.) und Frieden mit der Welt."

Selbst wenn diese Aufgaben mit Milošević gelöst werden könnten, würde sich dennoch nicht der rasche Belebungsseffekt von Anfang 1994 einstellen, denn "jetzt sind mindestens ein, zwei Jahre nötig". Aber diese Überlegung ist rein hypothetisch, denn mit Milošević ist heute gar nichts möglich: "Er ist kein Mensch, der eine langfristige Perspektive hat. Er ist ein Mensch von acht Stunden. Wir müssen uns nur bis morgen durchwursteln, und morgen wird schon irgendetwas passieren. Und damit hat er bislang ja auch Recht behalten."

Was in Serbien passierte, haben Plakate der Anti-Regimedemonstrationen der letzten Wochen formuliert: "In den vergangenen Jahren ist Milošević zehnmal reicher geworden und Serbien zehnmal ärmer." Milošević stützt sich auf 200.000 "Reiche", die unter seiner Führung prosperieren und gegen fünf Millionen "Arme" stehen, die unter Milošević verelenden. Die Ärmsten der Armen sind jene 100.000, deren Zahl rasch steigt: sie sind obdachlos, werden aus sog. "Volksküchen" verpflegt, beziehen eine minimale Sozialhilfe und leiden an chronischen Krankheiten. Umgekehrt verfügen die 200.000 Reichen, zwei Prozent der Bevölkerung, über 20 Prozent des BIP, während 20 Prozent der Armen nur auf 7,38 BIP-Prozente kommen. Mit anderen Worten: von 10 Mrd. Dollar, die das serbische BIP 1998 betrug, standen den Armen 738 Mio. zur Verfügung, den Reichen zwei Milliarden. "Normal" im internationalen Maßstab ist, daß Reiche zehnmal mehr Einkommen als Arme haben, während in Serbien Arme 1998 ein Jahreseinkommen von 6.383 Dinar hatten und Reiche achtundzwanzigmal mehr. Ein minimaler Warenkorb für eine Familie von statistisch 3,6 Mitgliedern kostete an Unterhalt in Serbien im Juli 1999 42 Dollar "oder 75 Prozent eines Durchschnittseinkommens oder viermal mehr als der Niedrigstlohn in der Wirtschaft Serbiens". 1989 betrug ein serbisches Durchschnittseinkommen umgerechnet 800 DM, 1999 nur noch 80 DM – "weniger als ein Viertel eines Durchschnittseinkommens in Bosnien-Herzegowina und exakt ein Zehntel dessen, was Bürger Kroatiens bekommen". Und alle diese Mißstände werden sich im bevorstehenden Winter enorm verschärfen: die Stromversorgung wird gegenüber 1998 um 30 bis 50 Prozent zurückgehen, weil die Kohlevorkommen des Kosovo nicht mehr genutzt werden können und russische Gas- und Öllieferungen mehr als ungewiß sind. Serbien wird im Extremfall nur 20 Prozent des für Bevölkerung und Industrie nötigen Gases zur Verfügung

haben, und schlecht isolierte Wohnungen – die hinsichtlich ihrer Wärmeisolierung 40 bis 100 Prozent unter deutschen Standards liegen – sorgen dafür, daß die wenige Wärme noch vergeudet wird.

Dieser rapide Niedergang ist nicht von der NATO-Mission verursacht, er besteht seit Jahren und war bereits im ersten Halbjahr 1998 angesichts von Haushalts- und Außenhandelsdefiziten, enormen Wirtschaftsverlusten, illiquiden Unternehmen, Stagnation in der Produktion, wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation, Wertverfall des Dinar etc. unübersehbar. Um aus dieser Lage herauszukommen, hätte Serbien politisch Frieden und fiskalisch Arrangements mit Weltbank, Internationalem Währungsfond, Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Pariser Klub (der staatlichen Gläubiger), Londoner Klub (der Privatgläubiger) und anderen suchen müssen. Stattdessen verschärfte das Regime den Kosovo-Konflikt und lancierte im Sommer 1998 Panik auf dem Devisenmarkt, um (so das Urteil der unabhängigen Ökonomen der "Gruppe 17") den Bürgern ihre letzten Devisenersparnisse zu stehlen. Damals war die Lage im Kosovo, verglichen mit späteren Entwicklungen, noch relativ unkriegerisch, kostete aber dennoch den serbischen Steuerzahler eine Million Dollar täglich. Kurz darauf wurde für die Truppen "verstärkte Bereitschaft" angeordnet, was allein das Budget des serbischen Innenministeriums auf 3,27 Milliarden Dinar anwachsen ließ.

Die verheerenden Folgen dieser langjährigen Politik wurden Ende 1998 von sozialwissenschaftlichen Experten in einem Sammelband dokumentiert: demographische Verluste haben die serbische Gesellschaft auf ein Durchschnittsalter von knapp 35 Jahren "altern" lassen (Vojvodina über 37, Kosovo um 25 Jahre); der Anteil der Sechzigjährigen (und Älteren) stieg seit 1993 von 7,5 auf 12,2 Prozent, wodurch sich auch die Zahl der Rentner auf 1,17 Mio. vergrößerte; die Durchschnittseinkommen lagen 30 Prozent unter denen der späten achtziger Jahre; das BIP war seit 1990 um 50 Prozent gefallen; die Arbeitslosigkeit betrug offiziell nur 12,7 Prozent, aber die unreformierte serbische Wirtschaft schleppte rund 30 Prozent aller Beschäftigten als sogenannte "überzählige Beschäftigte" (višak zaposlenih) mit; 50 Prozent der Beschäftigten bezogen unterdurchschnittliche Löhne, etwa 350.000 bekamen überhaupt keinen Lohn, die anderen unregelmäßig und meist nur noch Streikdrohungen; 300.000 befanden sich in "Zwangsurlaub" (wobei ihre Zahl um 1,5 bis 2,5 mal größer sein konnte); 350.000 Hochqualifizierte hatten das Land verlassen; die Zahl der Ärzte hatte sich um 35 Prozent verringert, die Sterbe-, Krankheits- und Selbstmordraten waren enorm gestiegen.

IV. Gesamtnationaler Diebstahl – zum wievielten Mal?

Sofort nach Ende der NATO-Angriffe warf das Regime die Notenpresse an, weil es sich anders nicht zu helfen wußte. Mladan Dinkić, Koordinator der G 17 und langjährig profiliertes Mitglied der Wirtschaftspolitik, hat die Entwicklung genau verfolgt: Mitte Juni 1999 betrug die umlaufende Geldmenge 12,4 Mrd. Dinar, die bis Mitte September auf 14,2 Mrd. Dinar anwuchs, wobei der Staat allein in den letzten beiden Tagen 300 Mio. Dinar gedruckt hatte. Die erhöhte Geldmenge repräsentierte noch einen Gegenwert von 900 Mio. DM, während die geringere Menge von 1997, nach dem Verkauf der serbischen Telekom, noch 2,5 Mrd. DM repräsentierte hatte. Die jüngste "Überschwemmung" deckte sich völlig mit dem Wert-"Sprung" der D-Mark auf dem Schwarzen Markt. Mitte September wurden 13 bis 16 Dinar für eine DM gezahlt, Ende des Jahres werden es 18 bis 20 DM sein. Anders geht es wohl auch nicht, da die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 36 Prozent gefallen ist, die Devisenreserven auf ärmliche 130 Mio. \$ geschrumpft ist, die Ministerin "für die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit den internationalen Finanzinstitutionen", Borka Vučić, zu dem Personenkreis gehört, dem bei Auslandsreisen Verhaftungen drohen (was ihre Möglichkeiten zur Kreditbeschaffung auf Null bringt), und die

jahrzehntelangen Überweisungen kosovarischer Gastarbeiter von monatlich durchschnittlich 200 Mio. DM ausfallen. Unter diesen Umständen ist für das Jahresende 1999 eine Inflationsrate von 70 Prozent absehbar, was zu Beginn des nächsten Jahres die allseits befürchtete erneute "Hyperinflation" faktisch unumgänglich macht – kombiniert und verstärkt durch den Rückgang der Löhne und Renten, den zusätzlichen Druck auf den Dinar durch die Einführung der DM als kosovarisches Zahlungsmittel (von der UNMIK verfügt) und durch die absehbare eigene montenegrinische Währung.

Das Regime hatte am 24. März 1999, also zu Beginn der NATO-Angriffe im Kosovo, die Preise eingefroren, was einen spürbaren Mangel an Waren aller Art nach sich zog. Anfang September wurden die Preise freigegeben, worauf sie wie die Raketen stiegen – etwa 1.000 Produkte kletterten im Preis zwischen 10 und 100 Prozent. Das war, meinten serbische Experten, vom Regime durchaus beabsichtigt: der serbische Export betrug im ersten Halbjahr 1999 734 Mio. \$, was ein Minus von 48,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete; um 51,8 Prozent war auch der Import zurückgegangen, summierte sich aber immer noch auf 1,32 Mrd. \$ – eine recht deutliche Illustration der Misere der serbischen Wirtschaft, deren industrielle Produktion im Juli 1999 gerade noch 14,5 Prozent der Rate vom Juli 1989 ausmachte. Die Zeche müssen alle Serben zahlen, insbesondere die nachgerade klassischen Underdogs unter ihnen, also die Armee-Reservisten, Rentner, Lehrer, Beschäftigten im Gesundheitswesen und ähnliche.

V. 5. Winterhartes Serbien?

Wirtschaftsexperten wie Avramović und andere sind sich darin einig, daß die bisherige "Stabilität" Serbiens auf niedrigen Einkommen und staatlicher Preiskontrolle beruhte. Letztere ist inzwischen weggefallen, und letzte Umfragen vom August 1999 belegen, daß die Menschen Angst haben – vor wachsender Inflation und Arbeitslosigkeit, vor dem Ausbleiben von Einkünften (bei Rentnern) und vor allem vor einem Mangel an Strom, womit der bevorstehende Winter für ungezählte Serben zu einer Frage des Überlebens würde. Die Elektrowirtschaft Serbiens (EPS) hat bereits in mehreren Verlautbarungen die Bevölkerung davor gewarnt, daß es nicht genügend Strom zum Heizen geben wird. Die serbische Regierung hat damit begonnen, den Rentnern anstelle der ausstehenden Zahlungen für Mai, Juni und Juli Bons auszugeben, mit denen sie ihre Stromrechnungen bezahlen könnten. Anderen Bevölkerungsgruppen, bei denen die Regierung ebenfalls in der "Kreide" steht (Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen und Soldaten), wurden solche Bons nicht ausgegeben.

Was EPS mit diesen Bons anfangen soll und kann, ist völlig unklar, zumal die Maßnahme ohne Konsultation des Konzerns erfolgte. Denkbar ist höchstens, daß die Regierung ein EPS-Kraftwerk verkaufen wird, um ihre Gabe nachträglich finanzieren zu können. Die Frage ist nur, ob und was man überhaupt noch verkaufen kann. Die großen Wärmeelektrizitätswerke im Kosovo sind von der KFOR aus dem serbischen Energieverbund herausgenommen worden, so daß sie für die Versorgung Serbiens ausfallen. Damit ist klar, daß Serbien im besten Falle 120 Mio. Kilowattstunden pro Tag produzieren kann, während sein täglicher Verbrauch im Winter bei 150 Mio. Kilowattstunden am Tag liegen wird. Für die Bevölkerung heißt das, daß in den Haushalten Kühlschränke, Elektroherde, Waschmaschinen, Heizgeräte etc. nicht eingeschaltet werden dürfen. Exakte Pläne gibt es derzeit, kurz vor Beginn der Heizsaison, nicht, und eine Anwendung des sog. "Sarajevo-Szenarios" – wer mehr Strom verbraucht, muß diesen mit dreifach höheren Preisen bezahlen – kommt schon deshalb nicht in Frage, weil es einfach keinen Strom geben wird.

Ob die Serben frieren werden oder nicht, hängt davon ab, ob Serbien Gaslieferungen aus Rußland bekommen wird. Rußland scheint dazu bereit, doch dürfte fraglich sein, ob Ungarn diese Lieferungen über sein Territorium gestattet. Diese serbische Sorge mutet übertrieben an, da schon während der NATO-Mission deutlich war, daß Ungarn aus Sorge um die 350.000

Landsleute in der Vojvodina alles vermeidet, was Spannungen mit Serbien bringen könnte. Aber auch wenn russisches Gas über Ungarn nach Serbien kommt, wird es so wenig sein, daß die Rate derer, die mit Strom heizen, um 40 Prozent sinken wird.

Rußland hat sich verpflichtet, Serbien bis zum Jahre 2011 1,5 Mrd. Kubikmeter Gas zu liefern; zuzüglich will es ein früheres Versprechen beschleunigt einlösen, Serbien 800.000 Tonnen Erdölderivate zu liefern, deren Bezahlung bis zum Jahre 2003 ausgesetzt wurde. Und schließlich hat sich Rußland verpflichtet, die Modalitäten der Gaslieferungen mit Ungarn allein auszuhandeln.

Damit dürfte ein Problem geklärt sein, während ein anderes in aller Schwere deutlich wurde. Wie die Direktoren der Heizwerke am 5. Oktober in der Ständigen Konferenz der Städte und Gemeinden Serbiens erklärten, gibt es nicht genügend Öl für ihre Betriebe. Das hätte vermieden werden können, wäre die Regierung dem schon im Juli gemachten Vorschlag gefolgt, die "außerordentlich niedrigen Heizpreise" um sechs Dinar pro Quadratmeter anzuheben. So müssen die fehlenden Ölmengen zu zweieinhalbfach höheren Preisen auf dem Schwarzmarkt besorgt werden, was entweder zu Heizausfall oder zu noch schwereren Preissteigerungen führen könnte.

Allem Anschein nach wird es von Rußland keine weiteren Vorteilsgaben für Serbien mehr geben, denn Moskau geht zunehmend auf Distanz zu Milošević – wie beim Besuch von Premier Mirko Marjanović Anfang September 1999 deutlich wurde, als dieser lediglich als Gast des Moskauer Oberbürgermeisters auftreten durfte. Davor hatten die Russen Serbien eine "Hilfe" von 150 Mio. Dollar zugesagt, aus der wohl kaum etwas werden wird: die Auslandsverschuldung Rußlands beträgt 160 Mrd. \$, und Moskau hat einfach kein Geld, das es Serbien geben könnte. Der Rest sind rechnerische Spielereien um 350 Mio. \$ serbische Schulden an Rußland und rund 1,5 Mrd. \$ russische Altschulden an Ex-Jugoslawien. Gewichtiger sind systematische Unterschiede, denn Rußland ist – ungeachtet seiner immensen Schwierigkeiten – auf kooperativem Weg zum Westen. Davon kann für Serbien keine Rede sein, was die Entfremdung beider fördert: bislang hat Serbien von Rußland überwiegend Rohstoffe bezogen, entweder auf Kredit oder bezahlt mit minderwertigen Waren, die es anderswo nicht konkurrenzfähig plazieren konnte. Das kann und muß sich Rußland nicht mehr gefallen lassen, wie die unverkennbare Distanzierung der russischen Führung zu Belgrad zeigt. Dazu aber hat Milošević gleich dreifachen Anlaß gegeben: zum ersten wurde dem Kreml klar, daß Milošević's Streben in die "Union" Rußland-Weißrußland nichts anderes als der Versuch war, Rußland mit dem Westen zu verfeinden und auf die serbische Seite zu ziehen. Zum zweiten haben serbische Klagen über Rußlands im letzten doch vorhandene Kooperation mit der NATO während derer Kosovo-Mission in Moskau Verärgerung ausgelöst, die auf Serbien zurückfällt. Und zum dritten haben hämische serbische Presseberichte über jüngste russische Korruptionsfälle in Moskau dazu geführt, daß man die ohnehin irrationale Parteinahme für Serbien völlig aufgegeben hat.

VI. Zusammenfassung

Das Milošević -Regime macht die NATO-Mission im Kosovo für alle wirtschaftlichen Nöte Serbiens verantwortlich. Die Regimepropaganda sieht Serbien als "Sieger" über fremde "Aggressoren" und proklamiert den "siegreichen Wiederaufbau". Tatsächlich sind die direkten Schäden der NATO-Angriffe gering – verglichen mit den desaströsen Folgen von zwölf Jahren Reformunwilligkeit und Reformunfähigkeit, Militanz und Konfliktbereitschaft des Milošević -Regimes. Diese Folgen werden gerade im Winter 1999/2000 in ihrer ganzen Schwere deutlich: auf die Serben warten Monate mit Hunger und Kälte, Inflation und Arbeitslosigkeit, internationaler Isolation und innerer Perspektivlosigkeit.

Prof. Dr. phil. habil. Wolf OSCHLIES
Forschungsbereich Ostmittel- und Südosteuropa,

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche
und internationale Studien (BIOST), Köln.

Erschienen in
Informationen zur Sicherheitspolitik Nr. 24, April 2000
Konfliktentwicklung auf dem Westbalkan